

Grundsätze für das digitale Zeitalter

Zwischen Verheißung und Untergang:

Warum Digitalisierung ohne Grenzen in die Diktatur führt

Henning Vöpel und Jörg Köpke



© shutterstock

Die EU-Kommission hat am 26. Januar ihre „Grundsätze für das digitale Zeitalter“ präsentiert. Es geht um die Verteidigung von Demokratie, Freiheit und Wettbewerb. Die politischen Weichenstellungen für die Digitalisierung kommen jedoch sehr spät, da bereits fundamentale Machtverschiebungen zugunsten der Tech-Konzerne stattgefunden haben.

„Wer die Gegenwart als Diktatur bezeichnet, relativiert die Naziherrschaft und diffamiert die beste Republik der Geschichte“, sagte unlängst in einem Interview Stephan Harbarth. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes zielte auf Kritiker, die dem Staat vorwerfen, durch Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, durch das Einschränken von Persönlichkeitsrechten, eine neue Diktatur heraufzubeschwören.

Harbarth hat Recht. Die ungezählten Opfer, die zwölf Jahre Naziherrschaft aufgetürmt haben, sind mit nichts in der bisherigen Menschheitsgeschichte vergleichbar und durch nichts zu relativieren. Und doch sind die heutigen Zwanzigerjahre auf erschreckende Weise denen des vergangenen Jahrhunderts ähnlich. Wieder werden die Wurzeln für Totalitarismus, Faschismus, Diktatur und Unfreiheit des Individuums gelegt. Es geschieht jedoch nicht im Kampf gegen eine physisch greifbare Seuche. Weit gefehlt. Es geschieht sehr langsam, bei vollem Bewusstsein und in einer Arglosigkeit, die an den Frosch erinnert, der ins kalte Wasser eines Topfes springt und nicht merkt, wie er allmählich gekocht wird.

„Die rastlose Selbstzerstörung der Aufklärung zwingt das Denken dazu, sich auch die letzte Arglosigkeit gegenüber den Gewohnheiten und Richtungen des Zeitgeistes zu verbieten“, schrieb der deutsche Philosoph und Soziologe Theodor W. Adorno 1944 im Angesicht des Schreckens seiner Zeit. Adorno, der als Jude ins Exil gehen musste, rang nach Erklärungen. Wie konnte es sein, dass eine Nation wie die deutsche, gespickt mit Wissen, Aufklärung und technischer Finesse, zu derartigen Gräueltaten fähig war? Seine Antwort: Jeder Fortschritt beinhaltet immer auch den Keim für Barbarei. Und so mahnte er generell und für alle Zeiten zur Vorsicht.

Wenn die Europäische Kommission Ende Januar ihre „Grundsätze für das digitale Zeitalter“ vorstellt, beherzigt sie die Mahnung Adornos. Ihr Ansinnen hat geradezu verfassungsmäßige Bedeutung, auch wenn es nicht in eine Verfassungsänderung oder Gesetze münden soll. Grundrechte bleiben zwar unveränderlich und existieren unabhängig von äußeren technologischen oder politischen Umständen, aber ihr Schutz wird in einer digitalen, auf den massenhaften Austausch persönlicher Daten basierenden und insoweit immer gläserner werdenden Gesellschaft wichtiger denn je. Die digitalen Grundsätze der Europäischen Kommission wollen etwa den „universellen Zugang zum Internet“ und ein „sicheres und vertrauenswürdiges Online-Umfeld“ garantieren. Das aber wird nicht ausreichen. Die Gefahren einer unzureichenden, zu späten Regulierung sind dramatisch größer. Es mag helfen, diese Gefahren beim Namen zu nennen und ihre dystopischen Konsequenzen als Gedankenexperiment aufzuzeigen, nicht um sie für unvermeidlich zu halten, sondern um vor ihnen rechtzeitig zu warnen – und rechtzeitig war vielleicht schon gestern. Vieles lässt sich heute kaum noch zurückdrehen. Der Frosch kocht bereits in siedend heißem Wasser. Längst hat die exponentielle Ausdehnung des Digitalen den Gesetzgeber unter Zugzwang gesetzt. Neue Technologien wie die Quantentechnologie und autonome kognitive Systeme stehen in den Startlöchern. Eine schützende, vorausschauende, universelle und in diesem Sinne robuste Regulierung ist notwendig, ja überfällig.

Noch nie gab es so viele Informationen, noch nie war der Zugang zu ihnen für mehr Menschen einfacher als heute. Und noch nie war es schwieriger, die Wahrheit zu erkennen, den Unterschied zwischen wahr und falsch. Das aber ist die Grundprämisse demokratischer, freier und pluralistischer Gesellschaften: Wahrheit existiert nie absolut, aber wir können uns ihr als offene Gesellschaft im freien Diskurs nähern. Das gilt aber nur unter zwei Bedingungen. Die erste ist: Das Individuum ist informationell selbstbestimmt und mündig, das heißt, es hat prinzipiell Zugang zu allen relevanten Informationen, und es kann die Quellen der Informationen selbstständig erkennen, einschätzen und auswählen. Bei Immanuel Kant heißt es: „Unmündigkeit ist das Unvermögen des Menschen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen.“ Vernunftmäßige Mündigkeit aber hat eine Voraussetzung: Es muss dem Menschen möglich sein, zwischen wahr und falsch unterscheiden zu können. Selbstreferenzielle Newsfeeds können dazu führen, dass selbst vernünftige Menschen zu Quer- und Quatschdenkern werden und die anderen für die Verführten halten. Die zweite Bedingung ist: Die Gesellschaft toleriert die Vielfalt der Meinungen, denn nur im pluralistischen, diskriminierungsfreien Diskurs kann man gemeinsam der abstrakten Wahrheit in konkreten Entscheidungen näherkommen. Es geht im Kern um die Freiheit zur Wahrheit. Auch wenn diese, wie in der Pandemie geschehen, instrumentalisiert und gelegentlich missbraucht wird, so ist sie doch – in „Ordnungen“ der Freiheit gedacht – zugleich Ausdruck derselben.

In dem digitalisierten Zustand unserer Gesellschaft, wie er sich wild, schnell und ungezügelt entwickelt hat, sind informationelle Selbstbestimmung, digitale Mündigkeit des Individuums und die pluralistische Vielfalt der Gesellschaft gefährdet. Es dominieren oftmals nur noch die „wüsten Geräusche in fragmentierten, in sich selbst kreisenden Echoräumen“, wie es der Soziologe Jürgen Habermas formuliert. Die vielen Informationen und die einfachen mobilen Zugänge könnten der Beginn einer umfassenden globalen Emanzipation von bislang unterdrückten, in ihrem Schicksal und ihrer Not unbemerkten Menschen und damit eine Verheißung sein. Wohlgedacht: könnten. Denn die „Zugänge“ sind genau das Problem. Diese werden zunehmend durch die sogenannten „Gatekeeper“ kontrolliert. Parallelen und Assoziationen zum Türhüter in der Parabel von Franz Kafka drängen sich nicht zufällig auf: Der Mann, der Zugang zum „Gesetz“ verlangt, wird vom Türhüter immer wieder vertröstet, um am Tag seines Todes, immer noch vor der Tür stehend, zu erfahren, dass dieser Eingang nur für ihn bestimmt gewesen sei. Und so ist es mittlerweile auch in der digitalen Welt. Jeder hat seinen eigenen Zugang zu den Daten und Informationen, seine fremdbestimmte Echokammer, die mit digitaler Freiheit und Mündigkeit nicht mehr viel gemein hat. Dieser Zugang ist schon lange nicht mehr selbst gewählt. Er wird uns aufgezwungen mit gefilterten Informationen und geheimen Algorithmen. Dieser eigens für uns gemachte „Zugang“ ist in Wahrheit das Tor zu Manipulation und Diskriminierung. Wir alle, ob wir es wahrhaben wollen oder nicht, werden bereits zielgerichtet beeinflusst, mehr oder weniger manipuliert und diskriminiert.

Das digitale Zeitalter, von dem die Europäische Kommission zurecht spricht, ist gekennzeichnet von fundamentalen Machtverschiebungen. Staaten verlieren an hoheitlichem Einfluss,

private Unternehmen gewinnen an exterritorialer, nicht legitimer Macht. Sie sind mittlerweile so groß und mächtig, dass sie virtuell längst am Verhandlungstisch der großen Staaten wie ein rosafarbener Elefant Platz genommen haben. Die „Machtergreifung“ läuft unsichtbar, aber unaufhaltsam ab, ebenso wie die beinahe pandemische Ausbreitung von Hass und Fake News. Die Gatekeeper dringen tief in unser Privatleben ein, fangen an, unsere Gedanken zu beherrschen und in unsere Entscheidungen einzugreifen. Informationen werden algorithmisch zusammengeführt, regelrecht gleichgeschaltet, um sie zielgerichtet auf Menschen abzuwerfen, die – auf diese Weise vorhersagbar und gefügig gemacht, immer häufiger das tun, was von ihnen erwartet wird. Aus Daten werden Informationen, aus Informationen werden Emotionen. Wie an Fäden hängen wir als digitale Marionetten und werden algorithmisch durch den Datenraum gelenkt. In autokratischen Gesellschaften wie China, Russland oder Nordkorea ist Staatsmacht längst Digitalmacht - und umgekehrt.

Es ist geradezu das Geschäftsmodell der großen, als Gatekeeper fungierenden Plattformen, ihre Macht durch immer neue Spiralen aus Empörung, Angst und verbaler Gewalt zu vergrößern, immer mehr Daten durch abhängig machende Algorithmen zu erzeugen, Eingriffsmöglichkeiten zu schaffen und so ihren Einflussbereich zu erweitern. Skalierung ist ihre Lebensraumideologie, die Daten ihre Waffen. Das zu Ende zu denken, ist eine intellektuelle und moralische Pflicht, denn darwinistische Weltherrschafts- und Allmachtsfantasien (bis hin zu Metaverse-Dystopien) sind in manchen Äußerungen digitaler „Führer“ bereits unverkennbar. Die wachsenden Datenmengen konzentrieren sich immer stärker in den Händen weniger Player. Sie wirkt harmlos, ja, beinahe nützlich, bis diese Macht irgendwann auf eine große Wirtschaftskrise mit Arbeitslosigkeit und Armut oder – wie zurzeit – auf eine durch die Pandemie erschöpfte und gereizte Gesellschaft prallt, und schon materialisiert sich diese Macht in der Erzeugung von Hass, Intoleranz und Schuldzuweisungen. Unterschiedliche Meinungen werden nicht mehr durch die versöhnende Kraft des demokratischen Konsenses in der Mitte der Gesellschaft zusammengeführt, sondern systematisch an die Ränder getrieben und dort aufeinandergehetzt. Gesellschaft spaltet sich, indem Menschen aufhören, sich einander zuzuhören, und nur noch Bestätigung durch ihresgleichen suchen. Die einsetzende Radikalisierung vergrößert den Abstand zwischen den Menschen, die nur noch als Zugehörige von Bubbles existieren. Genau dies – den Abstand vergrößern, statt Nähe zu schaffen – tun die Algorithmen mit chirurgischer Präzision.

Schwindendes Vertrauen in Demokratie mündet in autoritäre Verführbarkeit und ideologische Heilsversprechen. Aggressive Minderheitsmeinungen breiten sich in sozialen Medien aus, gewinnen dort die Oberhand, bevor massenpsychologische Phänomene, wie sie aus der Geschichte bekannt sind und immer wieder auftreten können, bei Menschen die Vernunft und im Staat die Rechtsstaatlichkeit außer Kraft setzen. Welche gewaltige spontane Macht davon ausgehen kann, hat nicht zuletzt Donald Trump gezeigt, der in seiner Amtszeit die direkte Kommunikation mit seinen Anhängern über die sozialen Medien in perfider Weise nutzte, um sie aufzuwiegeln und gezielt zu desinformieren. Der Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 hat gezeigt, wohin dies führen kann. „Der ehemalige Präsident hat ein Netz aus Lügen über

die Wahlen von 2020 erschaffen“, sagte US-Präsident Joe Biden anlässlich des ersten Jahrestages. Die Nation müsse sich jetzt entscheiden: für die Wahrheit – oder für die Lüge.

„Demokratie stirbt in Dunkelheit“, schrieb die Washington Post. Weil weniger Demokratie die Demokratie, weniger Freiheit die Freiheit weniger verteidigen kann. Es wird dunkler und für den Einzelnen immer schwieriger, gegen die anonyme Macht der Unfreiheit zu opponieren. Wehret den Anfängen. Längst wird Demokratie zersetzt und ausgehöhlt, ob durch Donald Trump, die hybride Kriegsführung des russischen Präsidenten Wladimir Putin oder Cambridge Analytica.

Geschichte wiederholt sich vielleicht nicht, aber alles, was geschehen ist, kann wieder passieren. Und alles, was passieren kann, wird geschehen. Europa weiß davon leidvoll zu berichten. Die Antwort auf die große Frage des europäischen Kontinents, ob es wieder geschehen kann, fällt ernüchternd aus: Ja, gewiss, es kann wieder geschehen. Die totale Digitalität ist eine totalitäre Dystopie. Der Grat zwischen dem digitalen Zeitalter als einer Ära der Emanzipation und einer digitalen Diktatur ist schmal. Zugegeben: Die Analogien zwischen den Mechanismen einer Diktatur sind drastisch, aber sie sind hilfreich und vielleicht notwendig, um zu erkennen, worum es letztlich geht: die Bewahrung der Demokratie und den Schutz der Freiheit. Europa hat die historischen Erfahrungen und die humanistischen Werte, um die digitale Dystopie abzuwenden. Das ist eine nicht hoch genug einzuschätzende Chance. Die von der Europäischen Kommission verkündeten „Grundsätze für das digitale Zeitalter“ enthalten viel Richtiges. Aber sie werden sehr zurückhaltend formuliert sein. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen oder gar verharmlosen, um welche zentralen Fragen es im Kern geht: Wer hat im digitalen Raum die Macht, wer definiert die Regeln? Vor allem aber: Wer überwacht sie? Die Gewaltenteilung, das Wesen der Demokratie, droht durch die digitalen Gatekeeper zu erodieren: Alles liegt dann in einer Hand: die Legislative, die Exekutive, die Judikative und selbst die Kontrolle über die sogenannte vierte Gewalt, die Medien, und damit die Öffentlichkeit.

Der Schutz von Grundrechten steht dabei in keiner Weise im Widerspruch zur Digitalisierung oder wäre in irgendeiner Weise ein Standortnachteil gegenüber anderen Ländern. Das Gegenteil ist richtig: Gesellschaften werden umso mehr Nutzen aus Daten ziehen können, je besser sichergestellt ist, dass Grundrechte geschützt und das Eigentum an Daten nicht monopolisiert wird. Die verschiedenen Rechtsakte der Europäischen Kommission – vom Digital Markets Act über den Digital Services Act bis hin zum Data Governance Act und dem Data Act – sind gute Ansätze. Wir werden keine Digitalisierung ohne eine „Infrastruktur“ an Plattformen haben können. Wir brauchen sie, über sie findet der Austausch von Daten mithilfe von Algorithmen statt. Sie sichern auch in entlegenen Winkeln der Welt den Zugang zu Wissen. Eine bloße Zerschlagung oder lediglich die Entflechtung sind keine Lösung. Wenn die Europäische Kommission ihre „Grundsätze für das digitale Zeitalter“ vorstellt, geht es tatsächlich um nicht weniger als um die Verteidigung von Demokratie, Wettbewerb und Freiheit. Es wäre für Europa eine Chance, seine historischen Erfahrungen und ethischen Werte für einen europäischen Ansatz digitaler Souveränität zu nutzen, einen Europäischen Konvent für eine humane „Verfassung“

der Digitalität auszurufen, um das Versprechen von Würde und Freiheit des Einzelnen sowie den Schutz von Demokratie und Rechtsstaat für die digitale Zukunft zu erneuern. Dann würde aus Digitalisierung tatsächlich die verheißungsvolle Chance zur Emanzipation - und kein Instrument der Unterdrückung.



Autoren:

Prof. Dr. Henning Vöpel, Vorstand der Stiftung Ordnungspolitik und
Direktor des **Centrum für Europäische Politik** FREIBURG | BERLIN
voepel@cep.eu

Dr. Jörg Köpke, Leiter Kommunikation am **Centrum für Europäische Politik** FREIBURG | BERLIN
koepke@cep.eu

Centrum für Europäische Politik FREIBURG | BERLIN
Kaiser-Joseph-Straße 266 | D-79098 Freiburg
Schiffbauerdamm 40 Räume 4205/06 | D-10117 Berlin
Tel. + 49 761 38693-0

Das **Centrum für Europäische Politik** FREIBURG | BERLIN, das **Centre de Politique Européenne** PARIS, und das **Centro Politiche Europee** ROMA bilden das **Centres for European Policy Network** FREIBURG | BERLIN | PARIS | ROMA.

Das gemeinnützige Centrum für Europäische Politik analysiert und bewertet die Politik der Europäischen Union unabhängig von Partikular- und parteipolitischen Interessen in grundsätzlich integrationsfreundlicher Ausrichtung und auf Basis der ordnungspolitischen Grundsätze einer freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Ordnung.